

Haushaltsrede 2021-2022 DIE LINKE

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Dezernentin und Dezernenten,
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

dieser Haushalt stellt uns alle vor große Herausforderungen. Seit über einem Jahr leben wir im Ausnahmezustand, um eine globale Pandemie in den Griff zu bekommen, die bereits viele tausende von Menschenleben gefordert hat.

Corona trifft aber nicht alle Menschen gleich. Wer vorher schon wenig verdient hat ist besonders betroffen von Einkommensverlusten. Erhebungen zeigen, dass es insbesondere die unteren Einkommensklassen sind, die die größten Einkommensverluste erfahren mussten. Viele Studierende mussten nach dem Verlust ihres Studi-Jobs ihr Studium aus wirtschaftlichen Gründen abbrechen. Die Bundeshilfen waren zu spärlich und mit großen Hürden verbunden.

Gemeinsam sind wir solidarisch, um unsere älteren und kranken Mitmenschen zu schützen. Die soziale Isolation hat vielen von ihnen dabei schwer zu schaffen gemacht. Altersarmut war vor Corona schon ein Problem. Sie wird oft verschämt versteckt und betrifft besonders Frauen. Die Nicht-Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter wird auf 60% der Anspruchsberechtigten geschätzt. Das ist enorm und zeigt, wir haben hier ein verstecktes Problem.

Umso schwerer trifft es die Menschen als soziale Hilfsstrukturen wie zum Beispiel die Tafeln schließen mussten. Als LINKE kämpfen wir für einen Sozialstaat und für eine Stärkung der sozialen Garantien des Lebens, die Einrichtungen wie die Tafeln überflüssig machen. So lange es diese aber braucht danken wir den Ehrenamtlich Engagierten, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz Menschen in Not unterstützen. Ihr gesellschaftlicher Beitrag ist unersetzlich.

Unser Dank gilt allen sozial engagierten Menschen, die auch inmitten einer Pandemie Wege gesucht und gefunden haben, um all jenen zu helfen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen. Und natürlich gilt unser Dank den Pflegekräften und all den Menschen in den versorgungsrelevanten Berufen, die sich tagtäglich den Gefahren einer Ansteckung ausgesetzt haben um diese Gesellschaft am Laufen zu halten. Es gab viel Applaus, aber Applaus zahlt bekanntlich keine Miete. Es wird Zeit, dass die sozialen Berufe aufgewertet werden. Applaus und Respekt muss sich auch am Gehalt zeigen!

Corona verschärft aber nicht nur die soziale Schieflage, auch die ökologische Krise ist nicht ausgesetzt. Es bleiben uns nur wenige Jahre Zeit für ein konsequentes Gegensteuern. In Heidelberg haben wir dazu mit unserem Klimaschutz-Aktionsplan gute – wenn sicher auch ausbaufähige – Ziele formuliert. Diese müssen wir auch weiterhin mit Leben füllen. Corona darf nicht dazu führen, dass der notwendige Klimaschutz hinten runterfällt.

Das notwendige Herunterfahren des gesellschaftlichen Lebens und der Wirtschaft hat zu enormen Kosten geführt, die sich natürlich auch in den Kommunen niederschlagen. Wir müssen uns mit Einnahmeausfällen beschäftigen während wir gleichzeitig unsere zentrale Infrastruktur finanziell stützen müssen. Dieser Haushalt lässt uns weniger Spielräume als gewohnt.

Umso wichtiger ist es Prioritäten zu setzen. Wir haben schon früh vorgeschlagen den Bau des

Konferenzentrums auszusetzen um mehr Spielraum für andere Bereiche zu haben. Das ist nun zwar vom Tisch, aber die Frage bleibt: Was ist jetzt wirklich wichtig?

Ich habe es eingangs ausgeführt: Corona trifft nicht alle Menschen gleich. In einer Zeit, in der sich viele Menschen mit ganz konkreten Zukunftsängsten auseinandersetzen müssen - seit Monaten in Kurzarbeit, unsichere Jobperspektiven, Mehrfachbelastungen insbesondere für Frauen durch Homeschooling, Homework und die Pflege von Angehörigen, eine Zunahme häuslicher Gewalt und die Zunahme der Bildungsungerechtigkeit - in einer solchen Situation ist es wichtiger denn je, das soziale Netz zu stärken. Als FFP2 Masken Pflicht wurden hatten wir zum Beispiel als Fraktion einen Antrag eingereicht, diese für Heidelberg-Pass Inhaber:innen kostenfrei zu verteilen und die Stadt hat dies umgehend ermöglicht. Wir würden uns freuen, wenn dies verstetigt würde, denn die Pandemie ist noch immer nicht rum und FFP2-Masken sind nach wie vor Pflicht.

Wir brauchen ein starkes soziales Netz mehr denn je. Umso erschrockener waren wir als LINKE, dass ausgerechnet hier der Rotstift angelegt werden sollte. Die Kürzungen der Kooperationspartner:innen konnte abgewendet werden, aber eine Restunsicherheit bleibt. Es besteht nach wie vor die Möglichkeit einer Kürzung in den Verträgen bestehen, die den Trägern Planungssicherheit verwehrt. Um unser kommunales Angebot an Beratungs- und Hilfsstrukturen aufrecht erhalten zu können braucht es eine klare Zusage, dass es hier zu keinen Kürzungen kommt.

Und wir haben eingereicht, dass die Tarifsteigerungen wieder aufgenommen werden. Diese sind nicht nur Ausdruck von Respekt gegenüber den Beschäftigten, die auch während der Pandemie alles dafür getan haben, um unser gutes Beratungsangebot coronakonform aufrecht zu erhalten. Die Tarifsteigerungen wurden zudem nach langen Diskussionen endlich aufgenommen. Es ist nicht hinnehmbar, dass hier das Rad zurückgedreht wird. Unsere Kooperationspartner:innen zahlen diese mitunter aus Eigenmitteln, während sie zudem weniger Planungssicherheit haben seit der Diskussion um ihre Verträge letztes Jahr. Wir dürfen dabei ja nicht vergessen, dass unsere Kooperationspartner:innen wichtige Aufgaben für die Stadt erfüllen. Deswegen wünschen wir uns für diesen Haushalt ein klares Zeichen, dass es nicht zu potentiell möglichen Kürzungen kommt im Bereich Soziales.

Wir werden hier inständig insistieren, dass das Soziale nicht unter die Räder gerat. Eingbracht wurde dieser Haushalt mit der Ankündigung, dieser sei sozial gestärkt und es wurden zusätzliche Millionen eingestellt. Das ist aber nicht der Fall. Das, was zusätzlich drinsteht dient allein der Erfüllung bundesrechtlicher Vorgaben, da wurde keines unserer Angebote gestärkt.

Gerade jetzt brauchen wir aber unser gutes soziales Angebot. Viele Einrichtungen melden zurück, dass der Bedarf steigt und nicht sinkt. Bei der Beratungsstelle PLUS haben wir einen Erhöhungsantrag eingereicht, der dem tatsächlichen Bedarf abbildet.

Wenn wir hier keine klaren Finanzierungsperspektiven schaffen kann das ab einem bestimmten Punkt nur noch durch Angebotsreduzierung kompensiert werden – der völlig falsche Weg. Ich bin mir sicher: Wer hier spart, verschärft die soziale Schere mit all den Folgen für die Menschen und auch mit all den Folgekosten, die das nach sich zieht. Wir haben deswegen ebenfalls beantragt, die Mittel für die Sozialberatung ab 2022 aufzustocken, die auch jetzt schon nur durch Eigenmittel der Träger gewährleistet wird und die Schuldnerberatung ab 2022 aufzustocken.

Auch die Beschäftigten in der Kultur spüren den immensen Druck. Als LINKE haben wir viele

Vorschläge für eine bessere soziale Absicherung auf Landes- und Bundesebene gemacht. Für Heidelberg schlagen wir vor, dass ein Konzept für coronakonforme Veranstaltungen im Außenbereich gemacht wird. Wir brauchen hier dringend Perspektiven für unsere Kulturschaffenden, denn es war wirklich sehr still während Corona.

Eine weitere Säule für uns in diesem Haushalt ist das Thema Wohnen. Die Miete wird für viele Menschen immer mehr zum Armutsrisiko – gerade auch in Heidelberg. Wir beantragen deswegen eine Stabsstelle für bezahlbares Wohnen, die die Prozesse auf PHV begleitet. Es gibt auch nach wie vor einen Einwohner:innenantrag hierzu, der noch lange nicht abgearbeitet ist. Wir wollen, dass städtische Flächen im öffentlichen Eigentum verbleiben und PHV auch tatsächlich als Chance begriffen und genutzt wird. Das bedeutet so viel wie möglich öffentlich zu entwickeln. Wenn wir das den privaten Investor:innen überlassen, zu viel abreißen und neu bauen, dann verschenken wir die Chance für breite Teile der Bevölkerung bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Die Erhöhung des Eigenkapitals der GGH unterstützen wir und möchten Zielsetzungen vorschlagen. Wir haben eine Reihe von besonderen Bedarfsgruppen, die auf dem Wohnungsmarkt multiple Hemmnisse erfahren wie Frauen aus Frauenhäuser und Langzeitwohnungslose. Für sie braucht es Wohnkontingente seitens der städtischen Wohnungsbaugesellschaft. Außerdem braucht es transparente Vergabekriterien von Wohnungen der GGH.

Uns ist klar, dass dieser Haushalt unter Finanzdruck steht. Für gewöhnlich reichen wir den Antrag ein, den Hebesatz der Gewerbesteuer anzuheben. Dieses Mal schlagen wir eine leichte Erhöhung für 2022 um 10 Punkte vor. Grundlage dafür ist, dass die Verwaltung in ihren Berechnungen von einer Stabilisierung 2022 ausgeht. Was wir leider nicht auf kommunaler Ebene beschließen können aber dringend notwendig wäre ist auch die soziale Weiterentwicklung der Gewerbesteuer um Kleinst- und Kleinunternehmen besser zu entlasten.

Ganz grundsätzlich möchte ich auch eines mal betonen: inmitten einer solchen Pandemie wäre es höchst naheliegend endlich auch über Steuergerechtigkeit und Umverteilung zu sprechen. Die zentrale Frage ist doch: wer zahlt für diese Krise? Zur Zeit lautet die Antwort leider: die kleinen Einkommen! Wir schlagen als LINKE eine Sonderabgabe für Multimillionär:innen vor und ich habe wenig Verständnis dafür, wenn auf kommunaler Ebene von fast allen Parteien der finanzielle Druck auf die Kommunen moniert wird, sich die gleichen Parteien aber auf Landes- und Bundesebene gegen jede Form der Steuergerechtigkeit verwehren. Das passt nicht zusammen.

Beim Globalen Minderaufwand schlagen wir auch dieses Mal vor, dass der Bereich Soziales, Kinder und Personal davon ausgenommen wird. Unsere Personaldecke ist schon dünn genug, die städtischen Beschäftigten kompensieren dies mit großem Einsatz – hier darf nicht gespart werden. Denn wir sind als LINKE nach wie vor der Meinung, dass Applaus nicht reicht. Die Politik muss darüber hinaus auch für echte Entlastung besonders beanspruchter Bereiche sorgen und das heißt für uns keine Einsparungen beim städtischen Personal!

Was wir auch nicht vergessen dürfen ist die Situation von Schüler:innen und Schülern, denn die Schere auch in der Bildung klafft weiter auseinander. Die Ermöglichung des Präsenzunterrichts spielt hier eine zentrale Rolle. Schließlich erleben wir gerade ganz konkret wie Kinder und Jugendliche aus finanzschwächeren Haushalten mehr und mehr ins Hintertreffen geraten – hier muss dringend gegengesteuert werden!

Bei uns herrscht Unverständnis in der Fraktion, warum von Bund und Land da keine Hilfen für

flächendeckende Luftfilter zumindest in den am häufigsten frequentierten Klassenräumen gekommen ist, wir haben diese deswegen in unsere Anträge aufgenommen.

So oder so werden uns die Folgen dieser Pandemie noch länger beschäftigen als die Pandemie selber, die mit zunehmenden Impfstand etwas Licht am Ende des Tunnels erahnen lässt. Gemeinsam müssen wir nun auf den hoffentlich letzten Metern durch- und zusammen halten.

Ich freue mich nun auf die gemeinsamen Haushaltsberatungen mit euch und hoffe, dass wir diesen Haushalt gemeinsam sozialer gestalten als er ist. Der Weg aus der Krise muss sozial und solidarisch sein, wir dürfen niemanden zurücklassen.

In diesem Sinne danke ich für Eure Aufmerksamkeit.